

Antrag 2024/II/Innen/2

Jusos Hamburg

Förderung der einheitlichen Anwendung des Stufenmodells zur Identitätsklärung bei eritreischen Geflüchteten in Hamburg

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Wir fordern den SPD-geführten Se-
2 nat und die zuständige Fachbehörde auf, sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg das Stufen-
3 modell des Bundesverwaltungsgerichts konsequent und einheitlich bei der Identitätsklärung
4 von eritreischen Geflüchteten angewendet wird. Dabei soll auf die Forderung nach einer Vor-
5 sprache bei der eritreischen Botschaft, insbesondere zur Abgabe der Reueerklärung und zur
6 Zahlung der Diasporasteuer, verzichtet werden. Stattdessen sollen alternative Nachweise wie
7 Taufurkunden, Schulzeugnisse, eidesstattliche Versicherungen und Zeugenaussagen im Rah-
8 men einer Gesamtschau anerkannt werden.

9 Begründung

10 Zahlreiche eritreische Geflüchtete in Hamburg, die bereits seit Jahren in Deutschland leben,
11 erfüllen alle Voraussetzungen für eine Einbürgerung oder eine Niederlassungserlaubnis. Sie
12 tragen aktiv zur Gesellschaft bei und sind dringend benötigte Fachkräfte. Dennoch wird ih-
13 nen die Einbürgerung oder Niederlassungserlaubnis aufgrund fehlender staatlicher Identitäts-
14 dokumente verweigert. Die eritreische Verwaltungspraxis verhindert jedoch, dass diese Men-
15 schen solche Dokumente erhalten können, ohne sich oder ihre Angehörigen erheblichen Gefah-
16 ren auszusetzen. Das Bundesverwaltungsgericht hat bereits 2020 und 2022 entschieden, dass
17 alternative Nachweise zur Identitätsklärung herangezogen werden können und die Kontakt-
18 aufnahme mit der eritreischen Botschaft aufgrund der verlangten Reueerklärung unzumutbar
19 ist. Diese Entscheidungen werden jedoch in Hamburg oft nicht einheitlich umgesetzt, was da-
20 zu führt, dass viele Geflüchtete weiterhin ohne sicheren Aufenthalt in ständiger Unsicherheit
21 leben müssen. Der SPD-geführte Senat sowie die zuständige Fachbehörde müssen daher dafür
22 sorgen, dass diese rechtlichen Vorgaben konsequent umgesetzt werden. Damit wird nicht nur
23 die Rechtssicherheit für die betroffenen Personen verbessert, sondern auch ein Beitrag zur Inte-
24 gration und Wertschätzung der eritreischen Gemeinschaft in Hamburg geleistet. Diese Reform
25 ist auch im Sinne einer gerechten und menschenrechtskonformen Verwaltungspraxis und un-
26 terstützt die humane Asylpolitik, die im Einklang mit den Werten der Sozialdemokratie steht.